

SOZIALHILFE SCHÜTZT NICHT VOR BITTERER ARMUT

DURCH DIE TEUERUNG KÖNNEN SICH ARMUTSBETROFFENE LEBENSMITTEL NICHT MEHR LEISTEN

Die Sozialhilfe muss ein sicheres Netz sein, das Menschen in schwierigen Lebenssituationen auffängt. Die Volkshilfe hat sich massiv gegen die Abschaffung der Mindestsicherung gewehrt, wie wir jetzt sehen, sehr berechtigt. Denn angesichts der Teuerungskrise treten die Mängel der Sozialhilfe noch dramatischer ans Tageslicht. Immer mehr Menschen fallen durch das löchrige Sozialhilfe-Netz und geraten in akute Armut. Ganz konkret bedeutet das derzeit, immer mehr Menschen in Österreich können sich Grundlegendes wie Nahrungsmittel nicht mehr leisten.

Dies zeigt sich beispielsweise in der steigenden Nachfrage in den Sozialmärkten und Lebensmittelausgaben: Während die Warenspenden zurückgehen und die Volkshilfe an ihre Kapazitätsgrenzen kommt, stehen Menschen stundenlang in der Schlange, um an Essen, Babynahrung oder Windeln zu gelangen. Sozialmärkte dienen jedoch der Symptombekämpfung und sollten eine Notlösung bleiben. An ihrer Stelle müssen sozialstaatliche Sicherungssysteme, wie die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung, greifen.

Die Schwelle zur Berechnung von Armut lag bereits 2021 – also vor der Teuerungswelle – bei 1.371 Euro für eine*n alleinlebenden Erwachsenen, bei einer Alleinerziehenden mit Kind liegt die Armutsschwelle bei 1.782,3 Euro. Die ausbezahlte Sozialhilfe liegt deutlich darunter. Dabei verteuerten sich Nahrungsmittel im Dezember um rund 16%, insbesondere bei Milch, Käse und Eiern nahm der Preisdruck mit 24% zu. Die Preise für Brot stiegen ebenfalls um rund 16%. Wir müssen davon ausgehen, dass die Preise weiterhin hoch bleiben werden. Hat die Sozialhilfe schon vor der Teuerungswelle nicht für ein menschenwürdiges Leben gereicht, so ist die Situation jetzt dramatisch. Kinder, die in solchen Mangelsituationen aufwachsen müssen, werden für ihr Leben geprägt und sind in vielen Lebensbereichen benachteiligt.

Daher ist eine grundlegende Reform der Sozialhilfe und eine deutliche Anhebung ein Gebot der Stunde. Derzeit ist eine gesunde Grundversorgung mit Nahrungsmittel angesichts der Preissteigerungen nicht gewährleistet.

Höchst problematisch ist auch, dass die Sozialhilfe bei Weitem nicht allen in Österreich lebenden Menschen zuerkannt wird, die sich in einer finanziellen Notlage befinden. EU-Bürger*innen und Drittstaatsangehörige sind österreichischen Staatsbürger*innen nicht automatisch gleichgestellt und müssen besondere Voraussetzungen erfüllen. Im Ergebnis hat eine Vielzahl an Menschen derzeit kein Recht auf Existenzsicherung, obwohl Österreich bereits seit langem ihr Lebensmittelpunkt ist.

Unternehmen werden überfordert, armutsbetroffene Menschen dagegen sind mit dieser restriktiven Sozialhilfe überfordert. Wir brauchen dringend ein tragfähiges, armutsfestes Sicherungsnetz, das Armut umfassend abfedert, Betroffene nicht zu Bittsteller*innen macht und ihnen und ihren Kindern auch Teilhabemöglichkeiten gibt.

Rückfragen & Kontakt

Laura Allinger – Armut & Soziales, Arbeit & Beschäftigung
Tel. +43 676 83 402 250, E-Mail: laura.allinger@volkshilfe.at

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW